

**Solidarität mit verfolgten Christen in der Welt –  
Christenverfolgung verstärkt entgegentreten!**

Beschluss des Deutschlandtages vom 15. bis 17. November 2013 in Erfurt

In der Bundesrepublik Deutschland leben Gläubige unterschiedlichster Kirchen und Religionsgemeinschaften friedlich und im gegenseitigen Dialog zusammen. Die Religionsfreiheit und das damit verbundene hohe Gut, seinen Glauben frei ausleben zu können, ist ein fester Bestandteil unseres Grundgesetzes, wie es auch in den Verfassungen der meisten anderen europäischen Staaten zum Tragen kommt. Das Bewusstsein dafür, dass Christen in anderen Teilen der Welt aufgrund ihres Glaubens schlimmste Repressionen und häufig sogar den Tod fürchten müssen, ist in den Köpfen vieler Menschen in Europa leider noch nicht angekommen.

Dabei steht die systematische Verfolgung von Christen in vielen Ländern quasi auf der gesellschaftlichen Agenda und wird bisweilen sogar von Regierungen gedeckt oder befördert. Christenverfolgung hat viele Facetten, von der Diskriminierung im Alltag, im Wirtschaftsleben oder bereits in der Schule, über die politische Unterdrückung bis hin zur Todesstrafe.

Die Junge Union Deutschlands, die sich stets für die Werte der Freiheit und insbesondere auch der Religionsfreiheit in der Welt engagiert hat, findet es beschämend, dass auch in solchen Staaten, die wirtschaftlich eng mit der Bundesrepublik kooperieren, auch heute noch Christen verfolgt werden, ohne dass konsequente und glaubwürdige Gegenmaßnahmen der betreffenden Regierungen festzustellen sind. Die Junge Union Deutschlands unterstützt daher die intensiven Bemühungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung, die sich deutlich hörbar mit dem gesamten Instrumentarium der Außen- und Handelspolitik gegen die Verfolgung von Christen in der Welt engagieren. Das Thema Christenverfolgung darf kein Tabu oder unangenehmes Gesprächsthema sein, mit dem sich niemand beschäftigen will. Wo es eine systematische Ungleichbehandlung oder sogar Verfolgung mit Gewalt- und Todesandrohung gibt, müssen im Zweifel auch wirtschaftlich gute Beziehungen zu anderen Staaten in den Hintergrund gerückt werden. Die Junge Union sieht es als eine unabdingbare Aufgabe Deutschlands und der anderen europäischen Staaten an, christliche Minderheiten in anderen Staaten zu schützen. Dabei betont die Junge Union Deutschlands die Notwendigkeit, den deutschen und europäischen Fokus hierbei vor allem auf die Betrachtung der Entwicklungen in der Türkei sowie im Nahen Osten und im arabischen Raum zu legen:

## Christenverfolgung in der Türkei

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan forderte 2011 während seines Besuchs in Deutschland türkischstämmige Bundesbürger dazu auf, zunächst türkisch und erst dann die deutsche Sprache zu erlernen. In einem freiheitlich-demokratischen Land wie Deutschland ist dies, wenn auch aus Integrationssicht fatal, selbstverständlich möglich. Die Kindeserziehung liegt in der Verantwortung der Eltern. Außer in Extremsituationen mischt sich der deutsche Staat in solche Angelegenheiten nicht ein. In Köln wird derzeit eine der größten Moscheen deutschlandweit gebaut. Finanziert wird dieses Bauwerk zum Teil von der Republik Türkei.

Beide Beispiele wären nicht umgekehrt auf die Türkei übertragbar. Die türkische Regierung fordert Toleranz von den europäischen Staaten gegenüber dem Islam und hebt dabei in einigen Fällen den moralischen Zeigefinger. Dabei hält sich die türkische Regierung nicht an die Spielregeln, die sie von anderen Staaten als selbstverständlich erachtet. Ein Aufruf in der Türkei von Bundeskanzlerin Merkel, zunächst eine andere Sprache als die türkische zu lernen, würde zu einem Eklat führen. Ebenso ist der Neubau eines nicht-muslimischen Gotteshauses auf türkischem Staatsgelände utopisch; eine finanzielle Beteiligung eines westlichen Staates wäre unmöglich und würde womöglich als ein feindlich gesinnter Missionierungsversuch gedeutet werden.

Die Realität für Christen in der Türkei ist bedrückend. Immer wieder stichelt der türkische Staat gegen die christliche Minderheit. Klöster und Kirchen, die zu den ältesten des Christentums gehören, werden von Enteignungen und Zerstörungen durch den türkischen Staat bedroht. Im Fall des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Abraham tauchten plötzlich Dokumente auf, die belegen wollen, dass auf dem Gelände des Klosters eine Moschee gestanden hätte, wobei das Kloster älter als der Islam an sich ist.

Ein ähnliches Verhalten kann auch beim Kloster Mor Gabriel beobachtet werden, wo durch Enteignungen der Ländereien versucht wird, das Kloster wirtschaftlich ausbluten zu lassen. Eine das Kloster Mor Gabriel unterstützende Unterschriftensammlung unter der Schirmherrschaft des ostwestfälisch-lippischen CDU-Europaabgeordneten Elmar Brok hat inzwischen etwa 20.000 Unterzeichner aus ganz Europa gewonnen. Die Bundesrepublik Deutschland muss auch in Zukunft eindeutig gegenüber der Republik Türkei Stellung beziehen und darf ein repressives Verhalten gegen Christen nicht hinnehmen. Wirtschaftliche dürfen humanitäre Interessen nicht überlagern oder verdrängen. Deutschland und Europa müssen weiterhin sehr wachsam bleiben und mit einem kritischen Blick auf die tatsächliche Politik der Türkei als Anwalt der dort

lebenden Christen auftreten. Die Ankündigung eines „Demokratie-Paketes“ durch die Regierung Erdogan steht bis auf weiteres in einer langen Tradition bloßer Ankündigungen, ihre Umsetzung und Einhaltung gilt es aus Europa heraus streng zu beobachten.

#### Die Legende des Arabischen Frühlings

Beginnend mit den Aufständen in Tunesien im Dezember 2010 breitete sich eine revolutionäre Grundstimmung in großen Teilen des Nahen Ostens aus. Die Junge Union Deutschlands bewundert den Willen jener Menschen, die für Freiheit und Gerechtigkeit auch unter stetiger Lebensgefahr auf die Straßen gegangen sind und friedlich gegen Diktatur und Repression protestiert haben. Die Entwicklungen des sogenannten Arabischen Frühlings zeigen jedoch, dass in diesen Staaten zum Teil lediglich der eine Despot den anderen ablöst. Leidtragende der politischen Umwälzungen sind im besonderen Maße die christlichen Minderheiten. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist Ägypten. Die ägyptische Revolution hat weniger zu einer Verbesserung der politischen Lage geführt als zu einem Erstarren radikaler islamischer Kräfte. Viele Anschläge auf Christen, wie das Bombenattentat auf eine koptische Kirche in Alexandria in der Silvesternacht 2011, geben Zeugnis eines erbitterten Hasses auf Christen in Teilen der muslimisch geprägten Bevölkerung. Die Junge Union Deutschlands hält diese Auswüchse der Gewalt für inakzeptabel und fordert deshalb die deutsche Bundesregierung der 18. Legislaturperiode dazu auf, Druck auf die betroffenen Regierungen auszuüben, damit ein tatsächlicher Schutz für die in diesen Ländern lebenden Christen gewährleistet wird.

Tolerierungen von Gewalt gegenüber Christen oder Passivität in der Bekämpfung der Christenverfolgung durch Regierungen müssen von der Bundesrepublik Deutschland sanktioniert werden. In besonders schwerwiegenden Fällen, wo sich Regierungen beispielsweise an der Unterdrückung von Christen sogar beteiligen, sollte notfalls mit Wirtschaftsembargos oder Abbrüchen der diplomatischen Beziehungen reagiert werden. Die Junge Union Deutschlands wünscht sich dabei eine enge Zusammenarbeit der europäischen Staaten, um eine große und konstruktive Wirkung zu erzielen. Auf der anderen Seite müssen die demokratischen Kräfte in diesen Ländern gestärkt werden. Durch Entwicklungshilfeprojekte der Bundesrepublik und deutscher Organisationen kann Deutschland in besonderer Form an einem wahrhaftigen Demokratisierungsprozess dieser Länder behilflich mitwirken. Es bleibt zu konstatieren, dass für viele Menschen der Arabische Frühling zum Arabischen Herbst verkommen ist. Die weiteren politischen Veränderungen müssen beobachtet werden und verlangen nach einer aktiveren Beteiligung der europäischen Staaten mit den Mitteln der Diplomatie, der Entwicklungshilfe, aber auch der Handelspolitik. Europa mit seiner christlich-abendländischen Kultur, aber vor

allem auch Deutschland mit seiner eigenen Historie, hat nach Ansicht der Jungen Union Deutschlands eine Verantwortung gegenüber den Christen im Nahen Osten. Es ist traurige Ironie, dass gerade in der Wiege des Christentums die Christen heute einem solchen Leiden ausgesetzt sind.